

(Präsident.)

(A) führung einer Prüfung für die mit der Viehzucht beschäftigten Personen.

(Nr. 534.) Desgleichen über die Petition des Karl Mättig in Dresden um Gewährung einer erhöhten laufenden Unterstützung aus Staatsmitteln.

**Präsident:** Die Anträge Nr. 530 bis mit 534 kommen zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 535.) Anzeige der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die für unzulässig erklärte Petition des Richard Oswald Edel in Freiberg unklaren Inhalts.

(Nr. 536.) Desgleichen über die für unzulässig erklärte Petition der Marie Auguste Weise in Aue i. E., ihr früheres Dienstverhältnis als Hebamme in Pöhl bei Schwarzenberg betreffend.

(Nr. 537.) Desgleichen über die für unzulässig erklärte Beschwerde des Karl Heinrich Claus in Dresden über das Verfahren der Justizbehörden in einer Zwangsversteigerungssache und über die Versagung einer Entschädigung aus Staatsmitteln für eine infolge angeblicher Verfehlung der Gerichte erlittene Vermögensschädigung.

**Präsident:** Die Anzeigen unter Nr. 535 bis mit 537 werden gedruckt und verteilt.

(Nr. 538.) Antrag zum mündlichen Berichte der Finanzdeputation A über das königliche Dekret Nr. 28, einen Nachtrag zu dem ordentlichen Staatshaushalts-Etat für die Finanzperiode 1912/13 und einen Nachtrag zu dem Finanzgesetz auf die Jahre 1912 und 1913 betreffend.

**Präsident:** Zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 539.) Der Gemeinderat Leutzsch übersendet drei Druckschriften „Leutzsch, seine Einverleibungsgeschichte nebst allgemeiner Kritik und Darlegung der finanziellen und sonstigen Verhältnisse“.

**Präsident:** Liegt in der Kanzlei zur Entnahme aus.

Entschuldigt ist für heute der Herr Abgeordnete Heymann und der Herr Abgeordnete Göpfert wegen auswärtiger Deputationsarbeiten, der Herr Abgeordnete Dr. Spieß wegen Krankheit.

Wir treten in die Tagesordnung ein. **1. Schlußberatung über den schriftlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 88 und 89 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15, Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts und Evangelisch-lutherisches Landeskonsistorium betreffend. (Drucksache Nr. 289.)**

Berichterstatter Herr Abgeordneter Döhler.

Ich eröffne die Debatte und gebe dem Herrn Berichterstatter das Wort.

**Berichterstatter Abgeordneter Döhler:** Meine Herren! Während in früheren Landtagen über die Kap. 88 und 89 mündlich berichtet wurde, hat Ihre Finanzdeputation A beschlossen, für diesmal einen schriftlichen Bericht zu erstatten, weil sich die Beratungen über diese Kapitel diesmal umfangreicher gestalteten als früher und weil bei Kap. 88 die Fragen der Überflutung der Landesuniversität in Leipzig und der Technischen Hochschule in Dresden durch Ausländer, ferner der Streitigkeiten an der Technischen Hochschule zwischen inkorporierten und nichtinkorporierten Studenten sowie der Promovierungsforderung der Studenten der Zahnheilkunde eingehend und in kommissarischer Beratung behandelt wurden. Der Druckbericht befindet sich in Ihren Händen, und ich verweise Sie auf die darin gemachten Ausführungen. Die in Kap. 88 gestellten Anträge sind einstimmig, die in Kap. 89 gestellten Anträge gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder gefaßt worden.

Meine Herren! Ich bitte Sie, den gestellten Anträgen zuzustimmen.

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Kaiser.

**Abgeordneter Dr. Kaiser:** Meine Herren! Der uns vorliegende Bericht bietet ja kaum Anlaß, irgendwelche neue Erwägungen anzustellen, selbst nicht über die Frage, ob es eine Beleidigung für die nichtinkorporierten Studenten ist, wenn sie sich an einer Anzeige gegen einen Kommilitonen nicht beteiligen dürfen. Das dürfte nicht so wichtig sein, daß wir länger darüber zu sprechen hätten.

Nur einen Punkt möchte ich aus diesem Berichte herausgreifen, und das ist die Frage der Neueinstellung eines vortragenden Rates im Kultusministerium. Diese Stelle ist ja von der Deputation bewilligt worden, und es wird sich wohl auch im Plenum eine Mehrheit dafür finden. Ich möchte aber nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit doch darauf hinzuweisen, daß die Mehrheit der Deputation sich darüber hat belehren lassen, daß der ablehnende Standpunkt, den sie zunächst eingenommen hat, nicht der richtige war, und daß sie der Regierung ganz zweifellos aus der Erkenntnis, daß eine gewisse Notwendigkeit vorliegt, entgegengekommen ist, daß also die Deputation zu einer gewissen „Einsichtnahme“ gekommen ist. Ich möchte bitten, diese Einsichtnahme nicht allein ein Monopol des Landtages sein zu lassen, sondern sie auch auf Seiten der Regierung anzuwenden, wenn es sich um die Wünsche handelt, die in der Deputation bereits lebhaft zum Ausdruck gekommen sind, nämlich um die Wünsche der übrigen Beamten, das sind, soweit sie ins